Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten

Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

Begründet von Günter Schmölders Herausgegeben von Karl-Heinrich Hansmeyer und Klaus Mackscheidt

Neue Folge Band 60

Zentralbanken und Inflation

Ein institutionenökonomischer Ansatz

Von

Caroline Willeke



Duncker & Humblot · Berlin

CAROLINE WILLEKE

Zentralbanken und Inflation

Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten

Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

Begründet von Günter Schmölders Herausgegeben von Karl-Heinrich Hansmeyer und Klaus Mackscheidt

Neue Folge Band 60

Zentralbanken und Inflation

Ein institutionenökonomischer Ansatz

Von

Caroline Willeke



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Willeke, Caroline:

Zentralbanken und Inflation : ein institutionenökonomischer Ansatz / von Caroline Willeke. — Berlin : Duncker und Humblot, 1993 (Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten ; N. F., Bd. 60)

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 1992

ISBN 3-428-07783-0

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten
© 1993 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0430-4977
ISBN 3-428-07783-0

Vorwort

Seit längerer Zeit hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß die Inflationsrate eines Landes im zeitlichen Durchschnitt um so niedriger liegt, je höher der Grad der Unabhängigkeit seiner Notenbank ist. Bisher fehlte jedoch eine eingehende theoretische Analyse der bei unterschiedlichen institutionellen Zentralbankregelungen bestehenden Anreize zur Inflationierung bzw. Inflationsvermeidung.

Die hiermit vorgelegte Arbeit von Caroline Willeke will diese Forschungslücke schließen; auf der Basis eines institutionenökonomischen Ansatzes werden alternative Ausgestaltungsmöglichkeiten von Zentralbanken mit Blick auf Anreize und Zwänge, das Ziel der "Geldwertstabilität" zu realisieren, analysiert. Gesucht ist eine institutionelle Regelung des Zentralbankwesens, die ein möglichst hohes Maß an Preisniveaustabilität garantiert, wobei idealtypische institutionelle Regelungen von Zentralbanken zugrunde gelegt sind. Auf diese Weise gelingt es der Verfasserin, Schlußfolgerungen abzuleiten, die sich auf die wesentlichen Konstruktionsmerkmale von Zentralbanken schlechthin beziehen.

Zwei Extremfälle verdeutlichen das Problem: Auf der einen Seite steht eine vollständig an die Weisungen der Regierung gebundene Zentralbank, ihr steht eine weisungsungebundene Zentralbank gegenüber. Mit Hilfe eines im Hinblick auf die institutionenökonomische Sichtweise modifizierten Zeitinkonsistenzmodells wird gezeigt, daß eine weisungsungebundene Zentralbank zwar prinzipiell überlegen ist, daß aber auch sie nicht zwangsläufig für Preisniveaustabilität garantiert.

Der Typus "weisungsungebundene Zentralbank" wird sodann zum Ausgangspunkt der Suche nach einer Zentralbankverfassung, deren Anreizstruktur Inflationsvermeidung zur nutzenmaximierenden Handlungsalternative der Zentralbankleitung machen soll. Dies führt im Anschluß an eine eingehende Analyse unterschiedlicher Regelbindungskonzepte zu dem Versuch, auf der Basis der im Verlauf der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse über die Vorzüge und Schwächen einzelner institutioneller Ausgestaltungen eine möglichst zielgerechte Zentralbankverfassung zu entwickeln. Die wesentlichen Elemente die-

VI Vorwort

ses Vorschlags sind die Festlegung und Absicherung der Weisungsungebundenheit, die Vorgabe von Preisniveaustabilität als einziger Zielsetzung, die Vorgabe einer bestimmten Art von Regelbindung, von der nur in Ausnahmesituationen abgewichen werden darf, die institutionalisierte Beurteilung des Zentralbankhandelns durch ein Gremium unabhängiger Experten sowie explizite Gratifikationen oder Sanktionen für die geldpolitischen Ergebnisse der Zentralbankleitung.

Die hier vorgelegte Arbeit bringt einen beachtlichen wissenschaftlichen Fortschritt in die theoretische Beleuchtung des Zentralbankenverhaltens. Darüber hinaus bieten die im Rahmen der abstrakten Analyse abgeleiteten Resultate nachdenkenswerte Ideen für die praktische Ausgestaltung von Zentralbankverfassungen. Es ist daher nicht nur zu wünschen, daß die von Frau Willeke gegebenen Anregungen in weiteren Forschungsarbeiten weiterentwickelt werden, sondern auch daß die wissenschaftliche und politische Diskussion um künftige Notenbankreformen belebt und versachlicht wird. Dies gilt insbesondere für die Diskussion um eine Europäische Zentralbank.

Köln, im Juli 1993

Karl-Heinrich Hansmeyer

Inhaltsverzeichnis

A.	A. Einleitung		1
B.	Die	e Notwendigkeit der Inflationsvermeidung und die Rolle der Zentralbank	7
	I.	Die Wirkungen von Inflation und Inflationsunsicherheit	7
		1. Begriffserläuterungen und Kategorisierung	7
		2. Die Wirkungen einer vollständig antizipierten Inflation	8
		3. Die Wirkungen einer nicht vollständig antizipierten Inflation	12
		4 Die Unsicherheitskosten der Inflation	18
		5 Zusammenfassende Bewertung	19
	II.	Geldmengenwachstum, Inflation und Zentralbank	20
C.	Nei	ue Institutionenökonomik und die Anreizwirkung von Institutionen	25
	I.	Grundidee der Neuen Institutionenökonomik	25
	II.	Verhaltenstheoretische Annahmen	29
	III.	Das Property-Rights-Konzept	33
		1. Der Begriff der Property Rights	33
		2. Der Begriff der Transaktionskosten	35
		3. Die ökonomische Bedeutung von Property Rights	39
	IV.	Die Agency-Theorie	43
		1. Grundgedanken	43
		2. Die positive Agency-Theorie	47
		3. Die Prinzipal-Agent-Theorie	48
D.	Die	e Zentralbankverfassung als inflationsrelevantes institutionenökonomisches Problem	50
	I.	Property Rights, Zentralbankverfassung und Handlungsspielraum der Notenbank	50

	II.	Zielsetzungen der geldpolitisch Verantwortlichen	60			
		1. Regierungsverhalten	60			
		2. Zentralbankverhalten	68			
	III.	Die anderen Akteure	82			
	IV.	Die Zentralbankverfassung als Mittelpunkt der Analyse	89			
E.	Infl	ationsrelevante Aspekte der Ausgestaltung des formalen geldpolitischen Handlungs-				
	spic	elraums I: Analyse zweier polarer Zentralbankverfassungen	91			
	I.	Auswahl der zu untersuchenden Zentralbankverfassungen	91			
	II.	Herleitung inflationärer Tendenzen bei Zentralbanken mit einem durch die Regie-				
		rung vollständig eingeschränkten geldpolitischen Handlungsspielraum	93			
		1. Ein einfaches Zeitinkonsistenzmodell als Ausgangspunkt	93			
		2. Ein modifiziertes Zeitinkonsistenzmodell	98			
	III.	Herleitung inflationärer Tendenzen bei Zentralbanken mit vollständig uneinge-				
		schränktem geldpolitischen Handlungsspielraum	115			
	IV.	Zusammenfassende Bewertung	128			
F.						
г.	Inflationsrelevante Aspekte der Ausgestaltung des formalen geldpolitischen Handlungs- spielraums II: Möglichkeiten einer modifizierten Ausgestaltung der institutionellen					
	Regelungen einer nicht an die Weisungen der Regierung gebundenen Zentralbank 13					
	Reg	countries their air die wersungen der Regierung gebundenen zentratbank	137			
	I.	Strikte gesetzliche Einschränkung des Rechts zur geldpolitischen Entscheidung	137			
		1. Grundgedanken zu einer gesetzlich verankerten Regelbindung und Ableitung				
		von Kriterien zur Beurteilung unterschiedlicher Regelvarianten	137			
		2. Analyse unterschiedlicher Regelvarianten	143			
		a) Preisindexregeln	143			
		b) Die Friedmansche x-Prozent-Regel	146			
		c) Flexible Geldmengen- und Geldbasisregeln	149			
	II.	Vorschläge für eine partielle Einschränkung des Rechts zur geldpolitischen				
		Entscheidung	158			
		1. Das "Dreiwellen-Entscheidungsverfahren"	158			
		2. Die "Two-Part Rule"	161			
		3. Die "Modified Activist Policy"	163			
	III.	Ausgestaltung einer anreizkompatiblen Zentralbankverfassung bei partieller gesetz-				
		licher Einschränkung des Rechts zur geldpolitischen Entscheidung	166			

Inhaltsverzeichnis

ΙX

G.	Schlußbemerkungen	176
I ite	erstur	182

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Inflation und Realkassenhaltung	9
Abbildung 2:	Inflationseffekte	13
Abbildung 3:	Ökonomische Theorien der Inflationsverursachung	21
Abbildung 4:	Mit dem Gut Zentralbank verbundene Handlungsrechte	53
Abbildung 5:	Situationsspezifisch relevante Elemente der Nutzenfunktion der Regierung	67
Abbildung 6:	Ansätze zur Erklärung des Zentralbankverhaltens unter Zugrundelegung der Eigennutzhypothese	70
Abbildung 7:	Im Schrifttum unterstellte Nutzenfunktionen von Zentralbanken	74
Abbildung 8:	Situationsspezifisch relevante Elemente der Nutzenfunktion der Zentralbank	80

Abkürzungsverzeichnis

BBkG Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957

BIP Bruttoinlandsprodukt

BSP Bruttosozialprodukt

Bsp. Beispiel

CEPR Centre for Economic Policy Research, London

Ed., Eds. Editor(s)

et al. et alii

EWS Europäisches Währungssystem

EWU Europäische Währungsunion

EZB Europäische Zentralbank

Fn. Fußnote

FOMC Federal Open Market Committee

M1, M2 Geldmengenaggregate M1 und M2

NBER National Bureau of Economic Research, Cambridge/Mass.

N.F. Neue Folge

o. Verf. ohne Verfasserangabe

REMM Resourceful, Evaluative, Maximizing Man

SFB Sonderforschungsbereich

SVR Sachverständigenrat zur Begutachtung

der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vol. Volume

Z. Ziffer

Symbolverzeichnis

a Gewicht, das den positiven Effekten einer

Überraschungsinflation beigemessen wird

b/2 Gewicht, das den Kosten, die aus der Differenz

zwischen tatsächlicher und angestrebter Inflationsrate entstehen, beigemessen wird

d Anteil der Geldbasis an der gesamten Geldmenge

e_{my} Elastizität der realen Geldnachfrage pro Kopf

in bezug auf das reale Pro-Kopf-Einkommen

E monetäres Einkommen

F nicht-monetäres Einkommen

g_M Wachstumsrate der nominalen Geldmenge

g_N Wachstumsrate der Bevölkerung

gy Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-Einkommens

i Nominalzins

M nominale Geldmenge

p tatsächliche Inflationsrate

pe erwartete Inflationsrate

p angestrebte Inflations rate

P Preisniveau

r Realzins

S Seignioragegewinn

Zeit

U Nutzen

z Diskontierungsrate

A. Einleitung

Die Frage nach der zweckgerechten institutionellen Ausgestaltung von Zentralbanken hat in den letzten Jahren fortgesetzt an Interesse gewonnen. Das gilt nicht nur für Politik und Öffentlichkeit, sondern auch für die wissenschaftliche Behandlung. Aktuelle Anlässe bieten insbesondere die für die zweite Hälfte der neunziger Jahre geplante Gründung einer Europäischen Zentralbank, aber auch die Änderungen der Notenbankgesetze in Chile und Neuseeland und schließlich und nicht zuletzt die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuordnung des Zentralbankwesens in zahlreichen osteuropäischen Ländern. Aber selbst um eine etablierte und besonders angesehene Notenbank wie die Deutsche Bundesbank kommt es gelegentlich zu erregten Auseinandersetzungen über ihre Stellung im politischen und ökonomischen System.¹

In den nach wie vor anhaltenden Diskussionen hat sich die Eignung bestimmter Regelungen der Rechte und Pflichten der Zentralbank im Hinblick auf die Sicherung des Ziels "Preisniveaustabilität" als die wesentliche und noch nicht befriedigend beantwortete Frage herauskristallisiert. Die Behandlung dieses Problems zeigt auch noch wirtschaftswissenschaftliche Analyse- und Erkenntnisdefizite.

Empirische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß die Inflationsraten im zeitlichen Durchschnitt um so niedriger liegen, je höher der Grad der Unabhängigkeit der Notenbank ist.² Im Rahmen der traditionellen Debatte um das Für und Wider der Notenbankautonomie wird dieser Sachverhalt vor allem mit tagespolitischen Erwägungen und fiskalischen Interessen begründet, welche die Regierungen im Gegensatz zu unabhängigen Zentralbanken immer

¹ Die Kritik an der Deutschen Bundesbank im Anschluß an die Erhöhung des Diskontsatzes vom 16.7.1992 gipfelte in dem Ruf des IG-Metall-Vorsitzenden Steinkühler nach einer "Demokratisierung der Geldpolitik"; Steinkühler (1992). Siehe hierzu auch die Kommentare von Jeske (1992) und Benkhoff (1992).

² Caesar (1981) S. 504 ff., Summers (1991) S. 629 ff., Grilli, Masciandaro, Tabellini (1991) S. 366 ff.

wieder dazu veranlaßten, das Ziel "Preisniveaustabilität" zugunsten anderer Zielsetzungen zu verletzen. 3

Diese Argumentation basiert überwiegend auf historischen Erfahrungen.⁴ Tatsächlich bietet die Geldgeschichte zahllose Beispiele für Mißbräuche der Währungshoheit mit zum Teil gravierenden inflatorischen Folgen. Im Altertum und im Mittelalter gab es Währungsmanipulationen, die auf dem Wege der Münzverschlechterung durchgeführt wurden und der Einnahmenbeschaffung des Souveräns oder auch der illegalen Bereicherung der mit dem Münzprägerecht Betrauten⁵ dienten. Eine zeitweilige Lösung fand dieses Problem im Zeitalter des internationalen Goldstandards, da der Goldautomatismus den Freiraum für Entscheidungen der Zentralbankleitung und damit auch für Währungsmanipulationen stark einengte. Die allmähliche Abkehr von der Edelmetallwährung nach dem ersten Weltkrieg und der Übergang zur ungedeckten Papiergeldwährung eröffnete dagegen neuerlich Möglichkeiten zur mißbräuchlichen Nutzung der Währungshoheit - jetzt in Form einer übermäßigen Notenemission. Die Anreize für "eine mehr oder weniger planmäßige Inflationierung"⁶ ergeben sich wiederum aus fiskalischen Gründen, in jüngerer Zeit aber auch - angeregt durch die Phillipskurvendiskussion - aus konjunktur- und beschäftigungspolitischen Erwägungen.

Trotz der breiten historischen Erfahrungsbasis fehlt jedoch eine eingehende theoretische Analyse der bei unterschiedlichen institutionellen Zentralbankregelungen bestehenden Anreize zur Inflationierung, die Schlußfolgerungen allgemeinerer Gültigkeit zuließe.

Auch die traditionelle Diskussion um "rules versus authorities in monetary policy", deren Ausgangspunkt der gleichnamige Artikel von Simons aus dem Jahr 1936 bildet⁷, liefert hier keine zufriedenstellende Antwort. Die Anhänger einer regelgebundenen Geldpolitik begründen die inflatorischen Begleiterscheinungen diskretionärer Politik vor allem mit den Informationsdefiziten der Zentralbank im Hinblick auf den genauen Ablauf der Transmission geldpolitischer Impulse. Diese Argumentation berücksichtigt damit aber nur einen, wenn auch wichtigen Aspekt. Die mit Diskretionarität oder auch mit bestimmten Arten von Regelbindungen verbundenen Anreize zu inflationär wirkenden Maßnahmen blieben dagegen lange Zeit unbeachtet.

³ Caesar (1980) S. 351 ff.

⁴ Dickertmann, Hansmeyer (1973) S. 579.

⁵ Ausführlich zur Zeit der Kipper und Wipper: Sprenger (1991) S. 111 ff.

⁶ Schmölders (1968) S. 327.

A. Einleitung 3

Die weitgehende analytische Vernachlässigung der Zusammenhänge zwischen der Ausgestaltung der institutionellen Regelungen einer Zentralbank und den aus einem mehr oder weniger planmäßigen Handeln der Zentralbankleitung resultierenden inflatorischen Tendenzen läßt eine Forschungslücke erkennen. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die aktuelle EWU-Diskussion, sondern insbesondere auch, weil Erkenntnisse über den angesprochenen Zusammenhang eine wertvolle Ergänzung der Ansätze zur Inflationserklärung und, darauf aufbauend, Ansatzpunkte für institutionelle Änderungen mit dem Ziel einer Verringerung von Inflationstendenzen liefern können. Wie die Realität zeigt, sind weisungsungebundene Zentralbanken bei Inflationsvermeidung und Inflationsbekämpfung zwar erfolgreicher als weisungsgebundene Zentralbanken; sie garantieren jedoch durchaus nicht immer Preisniveaustabilität.

Die Beziehung zwischen den Rahmenbedingungen für den Geldanbieter "Zentralbank" und den aus diesen Bedingungen resultierenden Anreizen zur Inflationierung ist trotz des weitgehenden Konsenses darüber, daß ein übermäßiges Geldmengenwachstum notwendige Voraussetzung einer anhaltenden Inflation ist, nicht hinreichend untersucht worden. Eine wesentliche Ursache hierfür dürfte in dem lange Zeit vorherrschenden gemeinwohlorientierten Ansatz bei der wissenschaftlichen Beschreibung des Verhaltens von Politikern, also auch von "Geldpolitikern", zu suchen sein. So sehr diese Sichtweise für normative Fragestellungen oder auch für die Untersuchung technisch-instrumenteller Probleme der Geldpolitik geeignet ist, so wenig vermag sie im Rahmen eines positiven Erklärungsansatzes zufriedenzustellen. Sie verstellt vielmehr den Blick für die genannten und für mögliche weitere inflationsfördernde Anreize, denen die Entscheidungsträger der Zentralbank ausgesetzt sind.

Werden die geldpolitisch Verantwortlichen dagegen - ebenso wie traditionellerweise Konsumenten und neuerdings in der ökonomischen Theorie der Politik z.B. Bürokraten - als Eigennutzmaximierer betrachtet, sind auch geldpolitische Entscheidungen als Handlungen aufzufassen, die den erwarteten Nutzen der Zentralbankleiter maximieren sollen. Welche Entscheidungen dies sind und welches Ausmaß an Inflationierung sich hieraus ergibt, hängt neben den Präferenzen der geldpolitischen Autoritäten entscheidend von ihrem faktischen Handlungsspielraum ab, der aus den formalen institutionellen Regelungen und dem Zusammenspiel mit den anderen relevanten Akteuren des politökonomischen Systems resultiert. Diese Idee, die der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegt ist, basiert auf den Erkenntnissen der in den sechziger und siebziger Jahren entstandenen Neuen Institutionenökonomik, welche die Entstehung, den Wandel und die Wirkungen institutioneller Strukturen der neo-

⁷ Simons (1936); zu weiteren Literaturhinweisen zur Debatte "rules versus authorities" siehe unten Kap. F.I.